

# **E-Government im Land Berlin**

## **Ziele, Strategie und Handlungsfelder einer interaktiven Verwaltung**

### **- Masterplan -**

**Anlage 2: überregionale und regionale Situation**



## Inhalt

1. Sachstand in anderen Bundesländern .....	3
2. Media@Komm .....	11
3. Kooperationen auf Bundes- und Landesebene sowie im kommunalen Bereich.....	11
4. Berliner Situation .....	11
4.1 Das Profil der Internetstadt Berlin.....	13
4.2 Das Profil der Berliner Verwaltung (IT-Struktur).....	17
4.3 Das Stadtportal berlin.de .....	24

## 1. Sachstand in anderen Bundesländern

In ihrem Weißbuch für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung hat die Europäische Union bereits 1993 die Herausforderungen der Gegenwart und des Weges in das 21. Jh. beschrieben. Dabei wurde der Gestaltung der Rahmenbedingungen auf dem Weg in das Informationszeitalter große Bedeutung beigemessen. Zugleich gab man damit eine europäische Antwort auf technologische oder zentralstaatliche Ansätze anderer Wirtschaftsräume: Aufbauend auf unseren kulturellen Wurzeln sind die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen zu gestalten, die gesellschaftlichen Aspekte dieses Prozesses für die Bürger Europas ausreichend zu berücksichtigen.

Konsequent entwickelte die europäische Union daher Empfehlungen und einen Aktionsplan (1994) für Europas Weg in die Informationsgesellschaft. In einem besonderen Papier zur europäischen Integration wurden 1995 die sozialen Aspekte der Informationsgesellschaft beleuchtet. Am 8. Dezember 1999 leitete die EU-Kommission die Initiative „eEurope – Eine Informationsgesellschaft für alle“ ein. Ziel dieser noch laufenden Initiative ist es, die Akzeptanz der digitalen Technologien in ganz Europa zu fördern und dafür zu sorgen, dass alle Europäer die für die Nutzung dieser Technologien erforderlichen Fähigkeiten erwerben. Im März 2000 wurde ein Zwischenbericht zu „eEurope“ vorgelegt.

In Deutschland wurde auf Bundesebene im Jahre 1996 mit Aktivitäten zur Informationsgesellschaft gestartet (1996: Informationsinitiative Deutschland (IID)). Gegenwärtig hat die Bundesregierung das Programm BundOnline 2005 initiiert. Ziel dieses Programms ist, dass bis 2005 alle internetfähigen Dienstleistungen der Bundesverwaltung online verfügbar sein sollen.

Daneben gibt es zahlreiche weitere Aktivitäten des Bundes (zum Beispiel ein einheitliches Internet-Portal der Bundesverwaltung, das Projektbüro „Digitale Signatur“ des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik, die Gesetzgebung zur digitalen Signatur).

Auch einige Bundesländer und Kommunen haben bereits entsprechende regionale Initiativen entwickelt (zum Beispiel Bayern Online, Media NRW, Bremen.de).

Eine umfassende Bestandsaufnahme im Rahmen einer Städte-Umfrage des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), Berlin, zeigt, dass interaktive Verwaltung in den Städten und Gemeinden Realität wird.

In der zum Jahresende 2000 bei allen Städten und Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern durchgeführten Erhebung wurden Oberbürgermeister und Fachverantwortliche detailliert über den Umsetzungs- und Planungsstand virtueller Rathäuser und Marktplätze befragt. Über 130 Mittel- und Großstädte beantworteten Fragen zur Ausstattung mit IuK-Infrastruktur und Netzen, zu virtuellen Rathäusern, Stadtportalen und Stadtinformationssystemen, zum Einsatz von elektronischer Signatur und E-Payment, zu Organisation, Strukturen, Verantwortlichkeiten, Hemmnissen und Koordinierungsbedarf, Partnerschaften, Einschätzungen, Strategien, Zielen und Konzepten.

Die repräsentative Umfrage zeigt einerseits, dass Städte und Gemeinden sogar schneller als erwartet Ziele im Sinne eines virtuellen Rathauses erreichen. Andererseits wird aber auch deutlich, dass für den Erfolg virtueller Rathäuser Standardisierungen, Schaffung von Kompatibilitäten und Koordinierung von Pilotanwendern der elektronischen Signatur sowie Chipkartenanbietern entscheidend sind. Allerdings werden von den Befragten auch als wesentliche Hindernisse bei der weiteren Umsetzung fehlende Ressourcen finanzieller und personeller Art sowie der noch nicht ausreichend angepasste Rechtsrahmen genannt. Zwar sind auf Bundesebene etwa mit der Verabschiedung des novellierten Signaturgesetzes entscheidende Weichenstellungen bereits vorgenommen worden, die Anpassung einer Vielzahl einzelner Fachgesetze steht aber noch aus.

### **Die Ergebnisse der Umfrage lassen sich wie folgt zusammenfassen:**

#### **- E-Government und virtuelle Rathäuser werden zur "Chefsache"**

Jede zweite Stadt besitzt bereits heute ein Strategiekonzept für den Bereich Informationstechnik, Multimedia und Internet. Den "Bau" virtueller Rathäuser planen rund 40 Prozent. Oberbürgermeister und Entscheidungsträger sind maßgeblich in die Beratung der Konzepte eingebunden. Die meisten Oberbürgermeister fühlen sich über aktuelle Entwick-

lungen im Themenbereich Informationstechnik, Multimedia und Internet gut informiert - der surfende Oberbürgermeister ist keine Ausnahme mehr.

- **Die Bürgerorientierung steht an erster Stelle**

Kommunen verstehen sich nicht mehr in erster Linie als Verwalter hoheitlicher Aufgaben, sondern vielmehr als Dienstleister. "Kundenorientierte" Ziele werden inzwischen gegenüber den Binnenzielen der Verwaltungsmodernisierung hervorgehoben. Die Verbesserung von Dienstleistungsqualität und Erreichbarkeit für den Bürger sowie die Stärkung des Unternehmensstandortes werden als wichtigste Ziele, die mit der Einrichtung virtueller Rathäuser verfolgt werden, genannt.

- **Online-Verwaltung wird Realität**

Viele medienbruchfreie Online-Anwendungen sind in Städten und Gemeinden bereits aktiv. Vor allem in Bereichen, in denen der Schwerpunkt auf Information und Kommunikation liegt und wo Transaktionen nur einfache und "unkritische" Geschäftsvorfälle umfassen (z.B. Verlängerung einer Buchausleihe), sind bereits viele funktionierende Projekte umgesetzt. Dies gilt für Online-Angebote der Bibliotheken und Volkshochschulen genauso wie die Netzpräsentationen der städtischen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und des Verkehrsamts. Die Umfrage macht jedoch auch deutlich, dass die Spannweite zwischen den Vorreitern der IT-Modernisierung und Nachzüglern groß ist und die Gefahr wächst, dass die Schere sich weiter öffnet.

- **Büroarbeitsplätze im Netz**

Im Durchschnitt sind heute 85 Prozent der Büroarbeitsplätze in den Kommunalverwaltungen mit Rechnern ausgestattet, wovon knapp 90 Prozent an ein Verwaltungsnetz angeschlossen sind. Jeder zweite Verwaltungsmitarbeiter hat inzwischen Zugang zum Internet und ist per E-

Mail erreichbar - bis zum Jahr 2001 sollen es bereits mehr als 80 Prozent sein. Der Modernisierungsprozess der Infrastruktur ging in vielen Städten und Gemeinden schneller, als Verantwortliche in den Kommunen es selbst erwartet hatten.

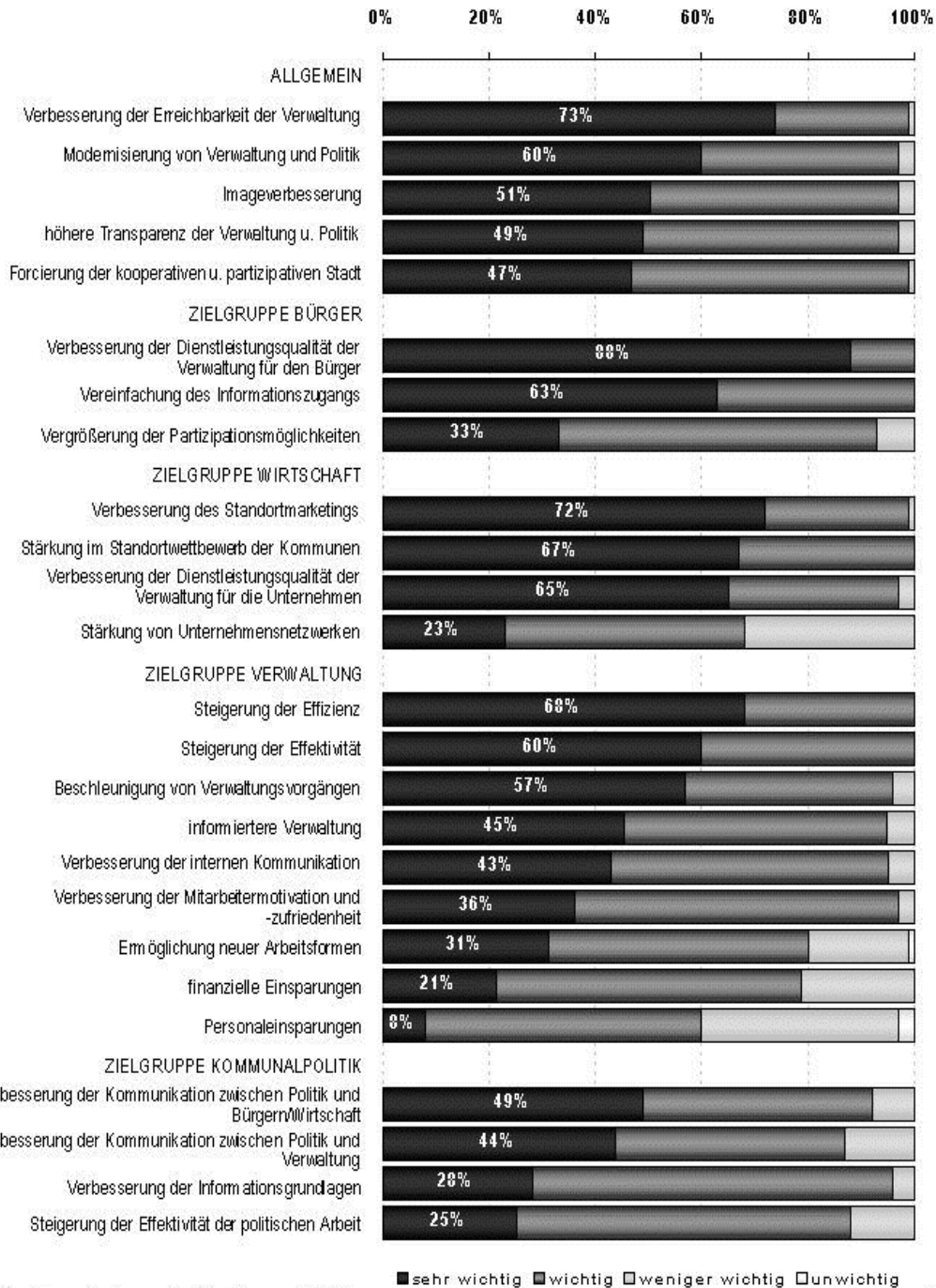
- **Die elektronische Signatur wird testweise eingesetzt**

Für fünf Prozent der befragten Städte ist der Einsatz der digitalen Signatur bereits Realität, in 72 Prozent ist er geplant. Allerdings sind die ersten Anwendungsfälle frühe Pilotlösungen mit nur wenigen Nutzern. Sie dienen vor allem dem Test der elektronischen Signatur. Die Frage, welche Signaturen für die Abwicklung von Transaktionen zwischen Kommunen und ihren "Kunden" zum Einsatz kommen, wird derzeit intensiv in Fachkreisen diskutiert.

- **Hemmnisse und Handlungsbedarf**

Fehlende personelle und finanzielle Ressourcen sowie der noch nicht ausreichend angepasste Rechtsrahmen werden als Haupthindernisse genannt. Die noch unzureichenden rechtlichen Rahmenbedingungen beziehen sich vor allem auf die ausstehenden Anpassungen der Fachgesetze und Verordnungen. Während mit der Verabschiedung unter anderem des novellierten Signaturgesetzes, der Anpassung des BGB und des Verwaltungsverfahrenrechts auf Bundes- und Länderebene entscheidende rahmensetzende Schritte für den rechtsverbindlichen elektronischen Geschäftsverkehr unter Nutzung der elektronischen Signatur bereits getätigt wurden oder auf dem besten Weg sind, steht die Anpassung einer Vielzahl die Schriftform vorschreibenden (geschätzt 4.000) Fachgesetzen und Verordnungen noch aus.

## Ziele beim Bau virtueller Rathäuser und Marktplätze Einschätzungen Oberbürgermeister

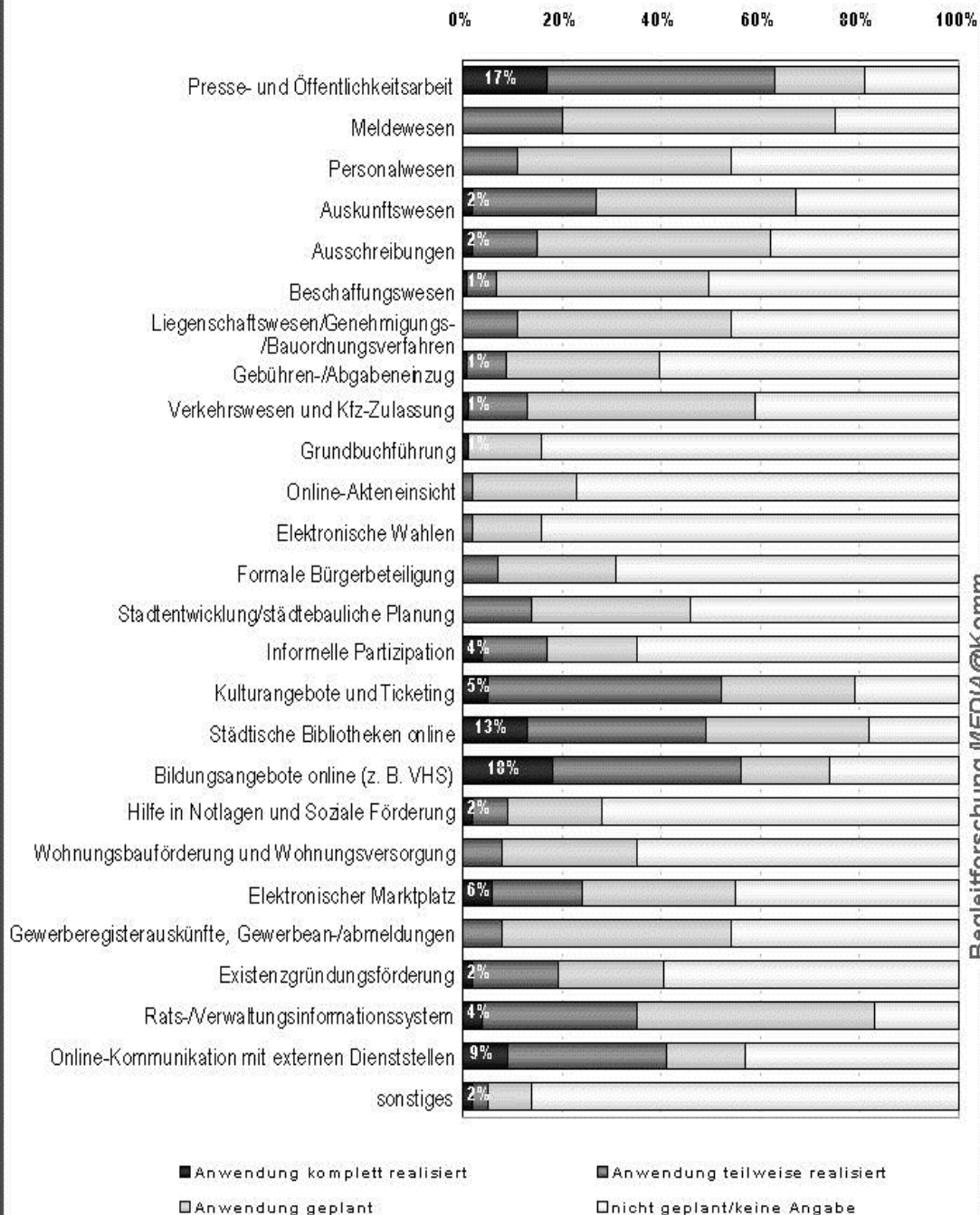


Quelle: Ergebnisse der Umfrage 2000.

Deutsches Institut für Urbanistik

Begleitforschung MEDIA@Komm

## Online-Angebote in den Kommunen differenziert nach verschiedenen Aufgabenbereichen



Begleitforschung MEDIA@Komm

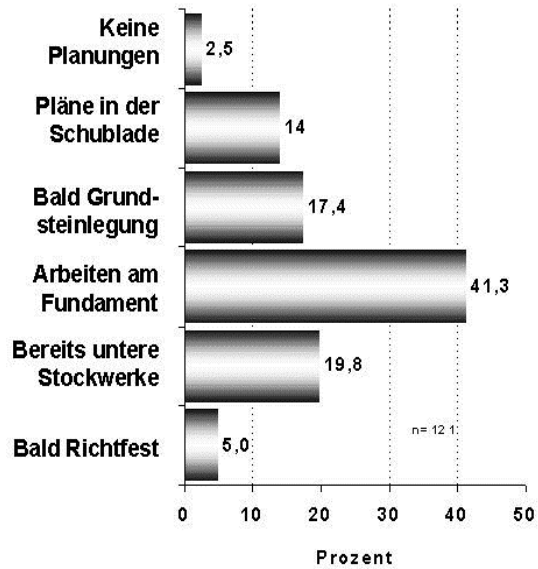
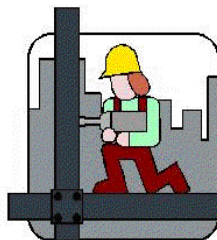
Quelle: Ergebnisse der Umfrage 2000.

Deutsches Institut für Urbanistik

## Planungs-/Fertigstellungsstand des virtuellen Rathauses

### Einschätzungen der Fachverantwortlichen

Der größte Teil der Städte arbeitet am virtuellen Rathaus, allerdings ist man in der Regel erst beim Fundament angekommen

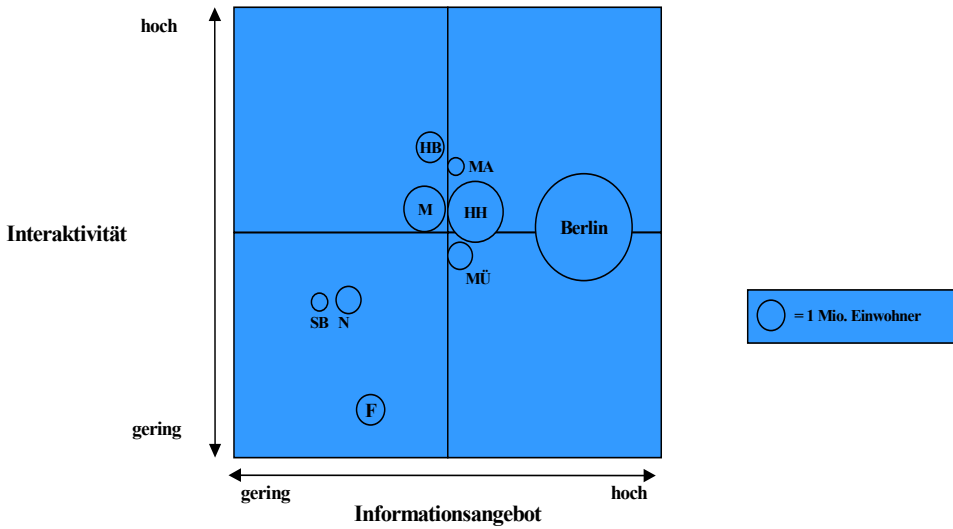


Begleitforschung MEDIA@Komm

Quelle: Ergebnisse der Umfrage 2000.

Deutsches Institut für Urbanistik

### DEUTSCHE STÄDTEVERWALTUNGEN GEHEN ONLINE



Quelle: The Boston Consulting Group

## 2. Media@Komm

Die Bundesregierung startete 1999 unter dem Namen Media@Komm einen Städtewettbewerb zur Entwicklung von Pilotanwendungen der interaktiven Verwaltung unter Einsatz der digitalen Signatur. Daran beteiligten sich 136 Städte. Die Siegerstädte Bremen, Esslingen und Nürnberg setzen inzwischen ihre Konzepte um und das Bundeswirtschaftsministerium hat verschiedene Arbeitsgruppen etabliert, die diesen Prozess begleiten. Diese drei Städte haben also eine Vorreiterrolle in der Entwicklung und Erprobung interaktiver Bürgerdienste. Über die wissenschaftliche Begleitforschung werden die Ergebnisse allen interessierten Kommunen bereitgestellt ([www.mediakomm.net](http://www.mediakomm.net)).

## 3. **Kooperationen auf Bundes- und Landesebene sowie im kommunalen Bereich**

*BundOnline 2005 und Kooperationsausschuss ADV Bund , Länder und kommunaler Bereich – KoopA ADV*

Für eine E-Government-Entwicklung sind überregionale Kooperationen, insbesondere zur Sicherstellung der erforderlichen Interoperabilität durch Abstimmung technischer, rechtlicher und inhaltlicher Normen und Standards zwingend erforderlich.

Die vom Bundesministerium des Innern verantwortlich koordinierte E-Government-Initiative „BundOnline 2005“ zielt insbesondere auf eine gemeinsame Internet-Bereitstellung wichtiger Verwaltungsdienstleistungen und -portale sowie eine wechselseitige bzw. arbeitsteilige Durchführung von entsprechenden Projekten im Rahmen einer Bund-Länder-Kooperation ab.

## 4. **Berliner Situation**

Berlin steht gegenwärtig - wie alle hochindustrialisierten Wirtschaftsräume - vor dem Strukturwandel hin zur Informationsgesellschaft. Dieser Wandel hat in Berlin Probleme hervorgerufen, die, verschärft durch die Anforderungen der Wiedervereinigung, noch kaum bewältigt sind. Zu den gravierendsten zählen wachsende Arbeitslosigkeit und das Wegbrechen traditioneller Branchen -

Folgen, die inzwischen zum Prüfstein der Legitimation von Politik geworden sind. Der Wandel zur Informationsgesellschaft als epochaler Prozess, vergleichbar dem Wandel von der Agrar- zur Industriegesellschaft, ist noch nicht wirklich erfasst worden. Begleiterscheinungen dieses Wandels, wie beispielsweise Steigerung der Arbeitsproduktivität, mündeten deshalb häufiger in Freisetzungen von Arbeitskräften als in technische, strukturelle oder soziale Innovationen wie beispielsweise neue Produkte, Qualitätsverbesserungen, neue Arbeitsorganisationen, neue Arbeitsfelder, neue Berufe.

Für die Berliner Politik folgt daraus, dass der gegenwärtig in Berlin stattfindende Wandel sehr viel stärker als bisher als Prozess zur Informationsgesellschaft zu begreifen ist. Der Prozess ist zu gestalten und zu begleiten. Die Potenziale Berlins, seine Vielfalt, sein Image als Erfinder- und Gründerstadt, als Ort der Wissenschaft und als Standort der Medien- und Kommunikationswirtschaft, der neuen Kernbranche der Informationsgesellschaft, sind für den Wandlungsprozess zu nutzen.

Auf regionaler Ebene wird dies durch die Landesinitiative „Projekt Zukunft – Berlin in der Informationsgesellschaft“ und zahlreiche Pilot- und Leitprojekte, wie [Euro@Berlin](#) oder das Stadtportal [berlin.de](#), realisiert.

## 4.1 Das Profil der Internetstadt Berlin

### Internetnutzer in Berlin

#### Gesamtzahlen

Deutschland: 30,7 Mio Internetnutzer, 35% der Bevölkerung<sup>1</sup>

Berlin: 1,6 Mio Internetnutzer<sup>2</sup> ,  
= 49% der Bevölkerung,  
= 57% der über 14-jährigen

Ausstattung mit PC: 52% der Berliner Haushalte<sup>3</sup>

Struktur der Nutzer in Berlin<sup>4</sup> (Im Vergleich die Berliner Alterstruktur 1998<sup>5</sup>)

#### Alter Internetnutzer - Berlin:

14-19 Jahre:	4%	( 8,2%)
20-29 Jahre:	31%	(13,2%)
30-39 Jahre:	26%	(19,0%)
40-49 Jahre:	19%	(16,0%)
50-69 Jahre:	17%	(36,1%)

---

<sup>1</sup> Quelle: RegTP, Dez. 2001

<sup>2</sup> Quelle: berlinonline-INFO GmbH, Okt. 2001

<sup>3</sup> Quelle: Statistisches Landesamt Berlin

<sup>4</sup> Quelle: berlinonline-INFO GmbH, Okt. 2001

<sup>5</sup> Quelle: Statistisches Landesamt Berlin

Geschlecht - Berlin alle:<sup>6</sup>

männlich 59%, weiblich 41%

Geschlecht – Berlin Schüler:<sup>7</sup>

Männlich: 56%, weiblich: 44%

Bildung - Berlin alle:<sup>1</sup>

Grund-/Hauptschule: 8%

Weiterf. Schule: 41%

Abitur/Studium: 51%

Tätigkeit - Berlin alle:<sup>8,9</sup>

Ausbildung/Schüler/Student: 18%

Facharbeiter: 18%

Angestellte: 33%

Leit. Angestellte/Beamte/Selbständige: 29%

Einkommensstruktur - Berlin alle:<sup>1</sup>

3000 DM und mehr haben 70% der Nutzer

3500 DM und mehr haben 54% der Nutzer

4000 DM und mehr haben 42% der Nutzer

4500 DM und mehr haben 27% der Nutzer

---

<sup>6</sup> Quelle: psyma – berlin.de, Dez. 1999

<sup>7</sup> Quelle: SenSJS-netz-generation, Mai 2000

<sup>8</sup> Quelle: berlinonline-INFO GmbH, März 2000

<sup>9</sup> Quelle: psyma – berlin.de, Dez. 1999

Haushaltsgröße - Berlin alle:<sup>1</sup>

1 Person:	18%
2 Personen:	29%
3 Personen:	28%
4 Personen:	19%
5 und mehr:	6%

**Gewünschte Dienstleistungen**<sup>2</sup>

Tickets:	70%
Bücher:	48%
Reisen:	43%
Partizipation:	43%
PC/Software:	42%
Bestellung/Bringedienste:	41%
CD:	33%

**Unternehmen im Netz**<sup>10</sup>

Internetzugang:	92%	
Eigener Auftritt:	75%; Handwerk:	51%

---

<sup>10</sup> Quelle: IHK Berlin, Mai 2001

### **E-Commerce:**

Der geschätzte Gesamtumsatz in 2000 in Deutschlandweit über das Internet beträgt rd. 8 Mrd. DM.

#### bevorzugte Güter:<sup>11</sup>

Bücher:	40%
CD:	27%
Tickets:	24%
Software/PC:	22%
Reisen:	22%

### **Mobilfunknutzung**<sup>12</sup>

Berlin 3,05 Mio. Teilnehmer (92%),

Deutschland 60 Mio. Teilnehmer (72%)

---

<sup>11</sup> Quelle: psyma – Berlin.de, Dez. 1999

<sup>12</sup> Quelle: eigene Recherche/RegTP, Dez. 2001

## 4.2 Das Profil der Berliner Verwaltung (IT-Struktur)

### Berliner Landesnetz (BeLa)

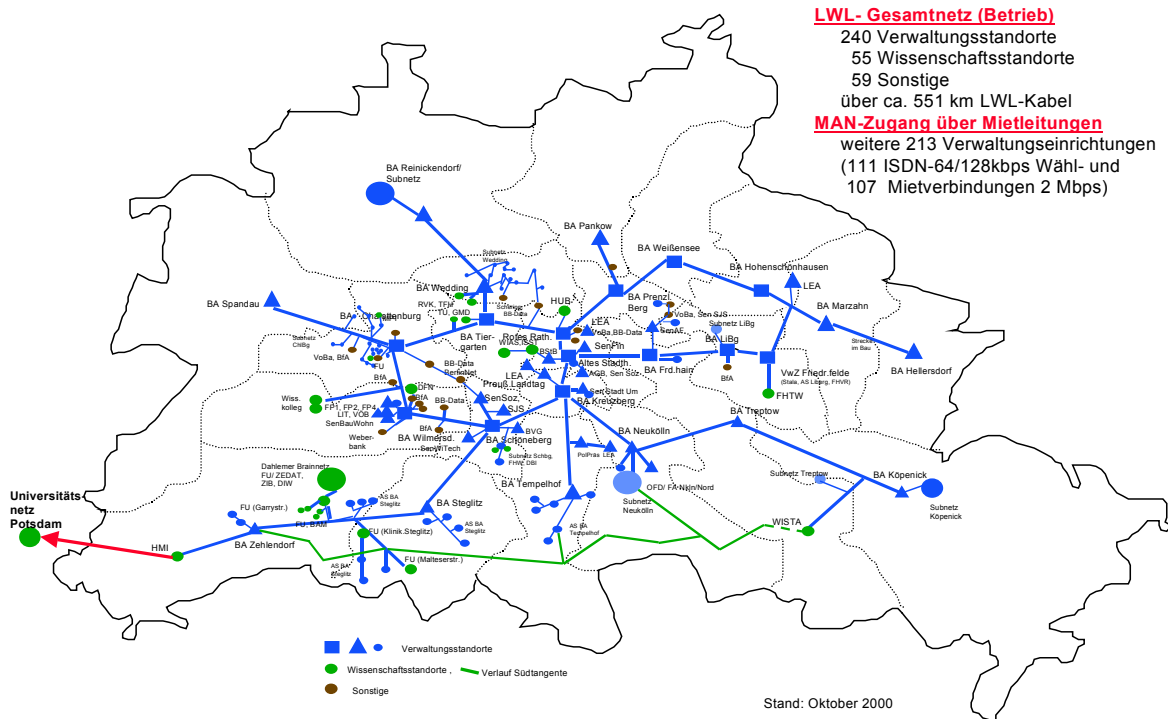
Der Landesbetrieb für Informationstechnik hat in den letzten Jahren mit hohem finanziellen und personellen Aufwand das größte deutsche Verwaltungsstadtnetz für Hochgeschwindigkeitskommunikation in den von der Senatsverwaltung für Verkehr und der Berliner Feuerwehr übernommenen Kabelführungssystemen mit Glasfaserleitungen aufgebaut. Diese Infrastruktur erreicht inzwischen nahezu alle Behörden und Einrichtungsstandorte des Landes Berlin.

Neben der Datenkommunikation spielt auch die Sprachkommunikation über dieses Netz eine bedeutende Rolle. Durch konsequente Nutzung können Gebühren externer Telekommunikationsanbieter vermieden werden.

<b>Erschlossene Standorte</b>	<b>Anzahl (Stand 10/2000)</b>
über Lichtwellenleiter erschlossene Standorte	354
davon	
• Verwaltungsstandorte	240
• Wissenschaftsstandorte	55
• Sonstige Standorte	59
über ISDN Wähl- und Mietverbindungen erschlossene Standorte	111 ISDN (64/128KBps)/ 107 Mietverbindungen (2MBps)
<b>Standorte insgesamt</b>	<b>572</b>
<b>X.25 - Kommunikationsnetz</b>	17 Knoten
<b>Transdata / SNA - Netz</b>	rd. 1000 Terminals / 400 APC über Token-Ring
<b>PC-Netze (LAN)</b>	lokale Subnetze mit ca. 40000 APC

Die nachfolgende Grafik (BeLa) zeigt, dass eine Flächendeckung innerhalb des Stadtgebiets nahezu erreicht ist. Damit ist für ein Vielzahl von Verwaltungsstandorten eine direkte Netzanbindung an das BeLa möglich. Bei isolierten und kleinen Standorten mit nur geringem Bandbreitenbedarf und nur

wenigen Anschlüssen ist die Nutzung angemieteter Leitungen in der Regel wirtschaftlicher.



Auf Basis des Berliner Landesnetzes werden

- ein FDDI Router-Netz (MAN) mit einer Bandbreite bis zu 100 MBit pro Sekunde für die Datenkommunikation,
- ein SDH Netz mit max. 2,4 GigaBit pro Sekunde überwiegend für Sprachkommunikation und
- ein ATM -Netz mit einer Bandbreite von bis zu 155 MBit/s

betrieben.

Durch die vorgesehene Modernisierung des MAN auf Basis eines Giga-bit/Ethernetnetzes werden deutlich erhöhte Bandbreiten in Schritten von 1GBit/s bis 4GBit/s zur Verfügung gestellt.

Das Netz ist aus Gründen der Ausfallsicherheit in den wichtigen Komponenten redundant ausgelegt. Der Zugriff im ringförmigen Kern des Netzes ist jeweils

über zwei Richtungen möglich. Das Netz wird im 24-Stunden Betrieb zentral gesteuert und überwacht. Die Verfügbarkeit beträgt 99,9 %.

Ein Übergang zum Internet ist nur über einen Firewall Server, der vom LIT als zentralem Dienstleister betrieben wird, möglich.

### Telekommunikationsanlagen

Ein wesentlicher Bestandteil der Netzkonzeption ist die Nutzung der landeseigenen Lichtwellenleiter (LWL) -Fasern für das verwaltungsinterne Telefonnetz mit etwa 150.000 Nutzern.

Die Konzentration und Reduktion des Vermittlungspersonals sowie die Bündelung des Amtsgesprächsverkehrs auf wenige Netzausgänge ist aufgrund der eingesetzten Transitzentralentechnik möglich geworden:

- Diese Technik bündelt als zentraler Netzknoten 101 TK - Anlagen mit jeweils mindestens 100 Nebenstellen<sup>13</sup> für den internen und externen Sprachverkehr.
- Sie ermöglicht die Erreichbarkeit von zurzeit ca. 36.000 Mitarbeiter der Berliner Verwaltung unter der Rufnummer 90-xxxxx ein- und ausgehend.
- Die erste Ausbaustufe umfasst 17 Verwaltungen mit rd. 25.000 Nebenstellen.
- Die Unteranlagen in den Bezirken können über die angeschlossene Hauptanlage ebenfalls das interne Sprachnetz nutzen.
- Derzeit werden - einschließlich der an die Transitzentralen angeschlossenen - ca. 380 TK - Anlagen mit rd. 42.000 Nebenstellen direkt vom LIT betreut.

Die Zusammenfassung führt zu geringeren Leitungs- und Gesprächsgebühren:

- durch die erzwungene Nutzung des internen Sprachnetzes bei Verbindungen zwischen Teilnehmern aus unterschiedlichen Dienststellen, wenn sie über die Amtsnummer interne Teilnehmer der Berliner Verwaltung anwählen.

---

<sup>13</sup> Ab 100 Nebenstellen ist die wirtschaftlich sinnvolle Mindestanzahl für den Anschluss einer TK - Anlage an die Transitzentralen erreicht.

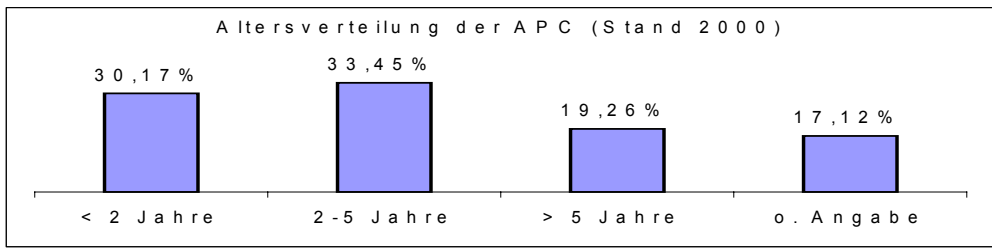
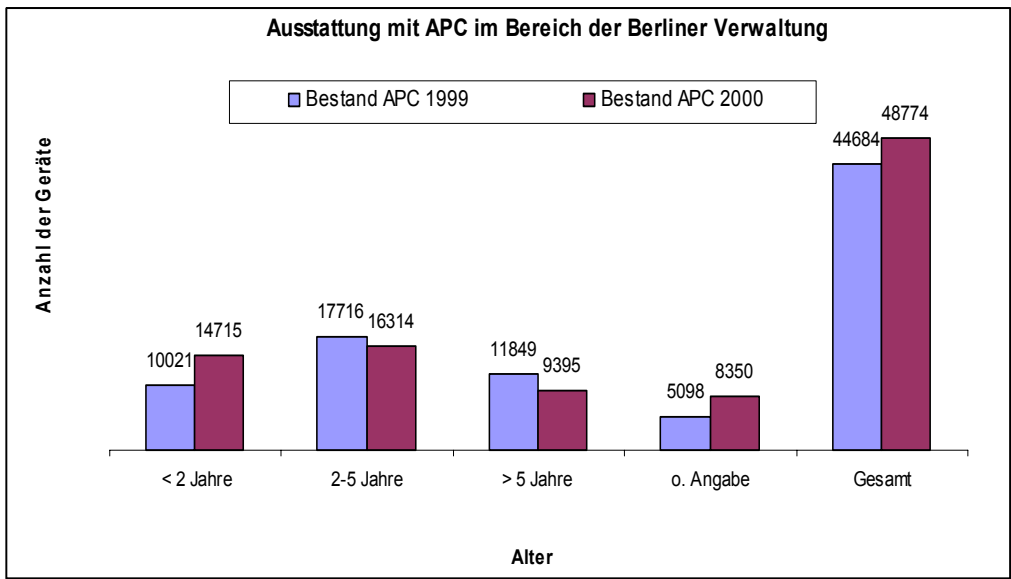
- durch eine weitgehende Bündelung des Amtsverkehrs an wenigen Übergabepunkten, um zu günstigeren Vertragskonditionen (Sprachvolumenrabatte, Leitungsrabatte u.a.) mit den Telekommunikationsanbietern zu kommen. Gegenüber dem vorherigen Zustand haben sich hierdurch Einsparungen von rd. 14 % bei den jährlichen Telefongebühren ergeben.

Die Bezirksverwaltungen nutzen bereits teilweise die Möglichkeiten zur Entlastung des eigenen Haushalts.

#### Bildschirmarbeitsplätze

Nachfolgend ist der derzeitige Ausstattungsstand der Berliner Verwaltung mit Arbeitsplatzcomputern (APC) wiedergegeben:

Alter	Bestand APC 1999	Bestand APC 2000	Altersver- teilung 1999	Altersver- teilung 2000	Verände- rung 2000 zu 1999
< 2 Jahre	10021	14715	22,43%	30,17%	4694
2-5 Jahre	17716	16314	39,65%	33,45%	-1402
> 5 Jahre	11849	9395	26,52%	19,26%	-2454
o. Anga- be	5098	8350	11,41%	17,12%	3252
<b>Gesamt</b>	<b>44684</b>	<b>48774</b>			<b>4090</b>

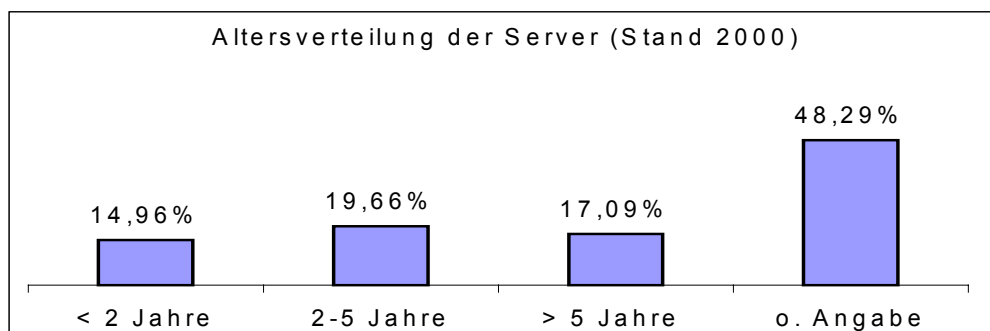
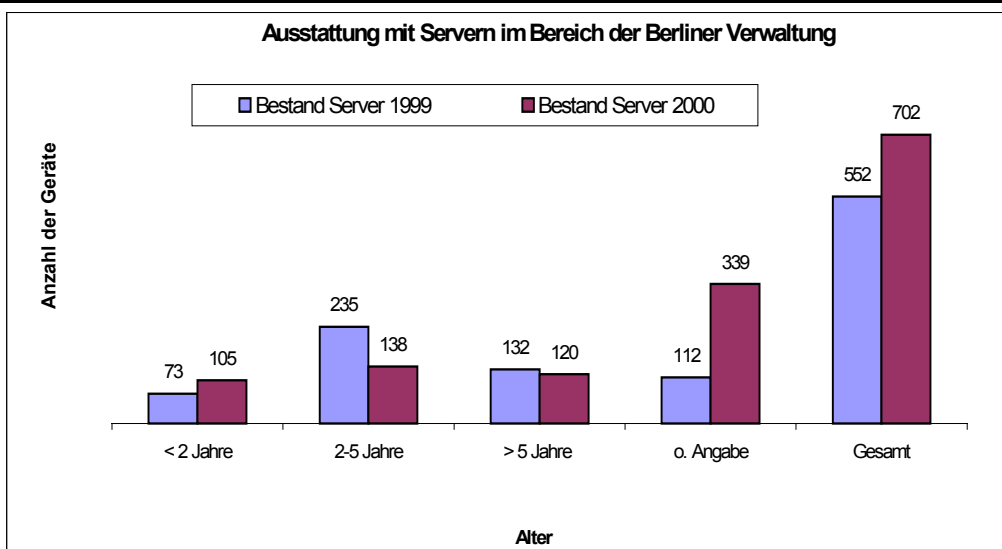


Es zeigt sich, dass der weitaus größte Teil der Arbeitsplatzcomputer in den letzten Jahren beschafft wurde. Neben dem weiteren Aufbau des Bestandes aufgrund des weiterhin wachsenden Bedarfs werden in den nächsten Jahren vermehrt Ersatzbeschaffungen notwendig.

## Server

Die Entwicklung der Ausstattung mit Servern stellt sich wie folgt dar:

Alter	Bestand Server 1999	Bestand Server 2000	Altersverteilung 1999	Altersverteilung 2000	Veränderung 2000 zu 1999
< 2 Jahre	73	105	13,22%	14,96%	32
2-5 Jahre	235	138	42,57%	19,66%	-97
> 5 Jahre	132	120	23,91%	17,09%	-12
o. Angabe	112	339	20,29%	48,29%	227
<b>Gesamt</b>	<b>562</b>	<b>702</b>			<b>140</b>



### Elektronische Post und Intranet/Internet - Nutzung

Elektronische Post (E-Mail) ist inzwischen ein selbstverständlicher Bestandteil der modernen Kommunikation. In den letzten Jahren wurden sowohl innerhalb der lokalen Verwaltungsnetze als auch im Bereich des übergreifenden Übertragungsnetzes BeLa die Möglichkeiten geschaffen, diese Form der Kommunikation zu nutzen.

Die Berliner Verwaltung hat dadurch insbesondere folgende Vorteile:

- Verkürzung der Transport- und Liegezeiten durch elektronische Übermittlung,
- Verbesserung der bereichsübergreifenden Zusammenarbeit durch medienbruchfreie Weiterbearbeitung elektronisch erzeugter Dokumente,
- schnelle Erreichbarkeit von Kommunikationspartnern innerhalb- und außerhalb der Verwaltung, einfache und preisgünstige Verteilung von Informationen an große Empfängergruppen,
- schnelle Informationsbeschaffung bzw. – bereitstellung durch Intranet- als auch Internetnutzung.
- Zugang zum TESTA-Netz – Die Nutzung dieses verwaltungsübergreifenden Intranets für Landes-, Bundes- und Kommunalbehörden ermöglicht den bundesweiten behördenübergreifenden Zugang zu Verwaltungsinformationen, die nicht für den allgemeinen Zugriff bestimmt sind. Darüber hinaus wird der Zugang zu den Informationen der Behörden der EU möglich.

	<b>1998</b>	<b>6/2000<sup>14</sup></b>
<b>Anzahl versendeter E-Mails pro Tag</b>	2.000	6.500
<b>Übertragungsvolumen</b>	0,7 GB Daten pro Monat	ca.10 GB Daten pro Monat
<b>Internetzugriffe pro Tag</b>	ca. 300.000	ca. 700.000

<sup>14</sup> Quelle: Angaben des LIT, Stand November 2000

### 4.3 Das Stadtportal berlin.de

Im Dezember 1998 hat das Land Berlin im Ergebnis einer europaweiten öffentlichen Ausschreibung in Public-Private-Partnership mit einem privaten Betreiber die Internetplattform „berlin.de“ gestartet. Betreiber ist die berlin.de new media GmbH & Co.KG, von der 75% von der Berliner Volksbank und 25% von dot.life, einer 100%-Tochter der Boston Consult Group, gehalten werden. Über eine Beteiligung weiterer Gesellschafter wird zur Zeit verhandelt. Der mit dem Land Berlin geschlossene Betreibervertrag stellt an den privaten Betreiber im wesentlichen die folgenden Anforderungen:

- Übernahme aller Kosten für Aufbau und Betrieb der Plattform
- In Ergänzung der Landesinformationen Ausbau der Inhalte von „berlin.de“ zu einem umfassenden Berlin-Portal, das alle Lebensbereiche abdeckt
- Schwerpunktsetzung bei interaktiven Anwendungen, die medienbruchfreie Transaktionen ermöglichen incl. interaktiver Verwaltung
- Entwicklung von auch für die Verwaltung nutzbaren einheitlichen Querschnittsanwendungen wie digitale Signatur und Online-Zahlungsverkehr
- Abdeckung weiterer Vertriebswege neben dem Zugang über Internet und PC wie interaktives Fernsehen, Kioskterminals und mobile Endgeräte (Handy)
- Möglichkeit zur kostenlosen Einrichtung einer eMail-Adresse und einer privaten Homepage unter der Domain „berlin.de“ für alle Einwohner
- Zentrales Marketing für die Plattform einschließlich der Landesinhalte
- Erreichung der Wirtschaftlichkeit aus eigener Kraft ohne öffentliche Zuschüsse

Des weiteren hat sich der Betreiber verpflichtet, dem Land Berlin eine Reihe von kostenlosen Leistungen zur Verfügung zu stellen:

- Hosting der Landesinhalte auf dem Server von „berlin.de“
- Erstellung von templategestützten Startauftritten für die Verwaltungen im Umfang bis zu 20 Seiten

- Bereitstellung eines universellen Redaktionswerkzeugs zur dezentralen Einstellung und Pflege der Landesinhalte
- Fortlaufende Beratung und Unterstützung der Landeseinrichtungen bei der Pflege ihres Angebots und der Entwicklung neuer Anwendungen
- Programmierung und technische Betreuung eines ressortübergreifenden Verwaltungsführers für die Berliner Verwaltung
- Gewährleistung einer Erreichbarkeit von „berlin.de“ auch von den PC-Arbeitsplätzen der Berliner Verwaltung über eine gesicherte Direktverbindung zum Berliner Landesnetz

Das Land bringt seinerseits im Gegenzug folgende Leistungen in die Partnerschaft ein:

- Exklusive (Mit-)Nutzungsrechte an der Landesdomain „berlin.de“ auch zu kommerziellen Zwecken
- Autorisierung von „berlin.de“ als offizielles Stadtinformationssystem des Landes Berlin
- Präsentation der umfangreichen Informationen und Dienste des Landes auf dieser Plattform
- Privilegierte Nutzungsrechte an den Landesinhalten zur Gestaltung des Angebots
- Günstige Nutzungsbedingungen für landeseigene Infrastruktur wie Netztrassen oder kostenlose Standorte für Kioskterminals in Behörden und im Straßenland
- Exklusive Bereitstellung einer Schnittstelle zum Berliner Landesnetz als Voraussetzung für Anwendungen der interaktiven Verwaltung

Nach einigen Startschwierigkeiten entwickelt sich das Projekt seit längerer Zeit zufriedenstellend und insbesondere das PPP-Modell ist inzwischen als zukunftsweisend von mehreren Bundesländern und Städten übernommen worden (u.a. Hamburg, Schleswig-Holstein, Frankfurt/Main) bzw. für eine Übernahme im Gespräch (Brandenburg, München, Stuttgart, Virtueller Marktplatz Österreich).

Seit seinem Start haben das inhaltliche Angebot und auch die Akzeptanz des Dienstes bei den Nutzern ständig zugenommen, so dass „berlin.de“ heute mit einem Bestand von ca. 70.000 Seiten und 12,2 Mio. Seitenabrufen im Monat (März 2001) das mit Abstand größte Städteportal mit kommunaler Beteiligung in Deutschland ist. Etwa ein Drittel des Inhaltsangebots und der Abrufzahlen beziehen sich auf vom Land Berlin bei „berlin.de“ eingestellte Inhalte. Ebenfalls etwa ein Drittel der Nutzer kommt aus der Region Berlin-Brandenburg.

Mit rund 100 Inhaltepartnern und ca. 500 Unternehmensdarstellungen auf der Plattform wird „berlin.de“ auch seiner Rolle als virtueller Marktplatz zunehmend gerecht. Auf Landesseite beteiligen sich rund 100 Behörden mit eigenen Angeboten an „berlin.de“, Informationen zu ca. 150 weiteren Behörden werden durch das Stammhaus eingepflegt. Es gibt aber auch noch einige wichtige Behörden, die ihr Angebot außerhalb von „berlin.de“ präsentieren.

In der inhaltlichen Verschränkung von offiziellen Behördeninformationen und kommerziellen Angeboten sowie ihren universellen Diensten wird die Plattform „berlin.de“ auch für an Berlin interessierte Unternehmen immer mehr zu einem wichtigen Standortfaktor. Die Adresse „www.berlin.de“ besitzt weltweit große Ausstrahlung, einen hohen Wiedererkennungswert und gewährleistet hohe Sichtbarkeit.

Die Chancen für „berlin.de“ liegen dabei nach übereinstimmender Einschätzung des Betreibers und der Verwaltung im Ausbau seines besonderen Profils als „offizielles Informationssystem des Landes Berlin“. Hiermit verfügt „berlin.de“ über ein entscheidendes Alleinstellungsmerkmal, das für die Nutzer eine hohe Attraktivität der angebotenen Inhalte gewährleistet.